



# Center for Mellemøststudier

## ANALYSIS

## June 2010

### Die Scharia – eine Herausforderung für den säkularen Rechtsstaat?

Dietrich Jung

Islamisk ret, „sharia-lov“, er et begreb, som i stigende grad dominerer den offentlige debat. Herunder problemstillinger som muslimsk indvandring til Europa og de politiske forhold i islamistiske stater såsom Iran ellers Saudi Arabien. Men hvad er sharia-lov? Er den islamiske ret eksempelvis noget, som har ligheder med de moderne retssystemer? Artiklen giver et kort overblik over den kompleksitet, der vedrører betydning og praktisering af et flertydigt fænomen som islamisk ret.

Mit der Diskussion um die Integration muslimischer Migranten in europäischen Staaten hat der Begriff der Scharia Einzug in das Vokabular populärer Debatten gehalten. Häufig werden mit ihr vor allem die drakonischen Körperstrafen verbunden, die im Koran Erwähnung und damit auch eine normative Grundlage finden. Weniger bekannt ist hingegen, dass die Anwendung dieser Strafen ein permanentes Problem der islamischen Rechtsgeschichte darstellt, insbesondere die Frage, wie man diese vermeiden kann, ohne dabei die normative Autorität des Korans in Zweifel zu ziehen. Darüber hinaus ist die Identifikation der Scharia mit diesen archaischen Elementen des traditionellen islamischen Strafrechts eine enorme Verkürzung des Bedeutungsumfangs, der sich mit ihr verbindet. Tatsächlich hat die Scharia nur sehr wenig mit dem Begriff des modernen Rechts gemein. Welche Bedeutungsinhalte umfasst aber der Begriff der Scharia und wie stellt sich das Verhältnis von religiösem und säkula-rem Recht dar? Repräsentiert die Scharia eine Herausforderung für den säkula-ren Rechtsstaat?

Wer sich auf weniger als fünfzig Seiten mit dem Bedeutungshorizont und der historischen Entwicklung der Scharia vertraut machen will, dem sei das Kapitel *Law and Society* empfohlen, welches der malaysische Jura-Professor Mohammad Hashim Kamali zur *Oxford History of Islam* beigetragen hat. Kamali erklärt seinen Lesern die wichtigsten Begriffe des islamischen Rechts und wie in ihm Offenbarung und Vernunft wirken. Er unterstreicht, dass es sich beim Koran keineswegs um ein Gesetzesbuch handle, in dessen Botschaft rechtliche Aspekte ja nur weniger als drei Prozent des Gesamttextes umfassten. Wohl unterstreicht er, dass aufgrund des göttlichen Ursprungs der Scharia die Orientierung der Muslime an ihr in rechtlichen und religiösen Fragen eine religiöse Verpflichtung sei, dabei hätten aber islamische Juristen von Anfang an zwischen den religiösen und weltlichen Dimensionen der Scharia unterschieden, wie es z.B. in den getrennten Positionen des Richters (*qadi*) und des religiösen

Gutachters (*mufti*) zum Ausdruck käme. Kamali macht deutlich, dass die Scharia nicht in einer Form existiere, die mit dem anwendbaren Recht weltlicher Gesetzbücher zu vergleichen wäre. Eher handle es sich bei ihr um einen auf religiösen Quellen beruhenden, umfassenden normativen Diskurs. Vor diesem Hintergrund spricht Kamali der Scharia eine moralisch-diskursive Funktion zu, die den Prozess der rechtsstaatlichen Ausgestaltung des öffentlichen Lebens in der islamischen Welt befördern könnte.

Eine neue und sehr ausführliche neue Studie zum islamischen Recht, *Das Islamische Recht. Geschichte und Gegenwart*, hat der Erlanger Jurist und Islamwissenschaftler Mathias Rohe vorgelegt. Rohe verbindet in dieser ausgezeichneten Monographie die Entstehungsgeschichte des islamischen Rechts mit dessen Modernisierung seit dem neunzehnten Jahrhundert. Dabei geht er auch auf das Spannungsverhältnis ein, das sich für einen Teil der praktizierenden Muslime in der „westlichen“ Diaspora ergibt, wo nationalstaatliche und islamische Rechtskulturen aufeinandertreffen. Rohe betont die überwältigende „Vielfalt von Meinungen und Anwendungsmodalitäten“ des islamischen Rechts, welche es nahezu unmöglich machen, eine bündige Antwort auf die Frage zu geben, was die Scharia denn nun eigentlich sei. Sein Buch ist ein Versuch, in der empirischen und rechtsmethodologischen Vielfalt, die sich mit dem Begriff der Scharia verbindet, innere Zusammenhänge transparent zu machen und dem Leser damit einen Einblick in die Konturen und Entwicklungspfade des islamischen Rechts zu vermitteln. Diese Aufgabe nimmt der Autor nicht nur mit Blick auf diejenigen Länder vor, in denen der Islam die Mehrheitsreligion darstellt. Im dritten Kapitel legt Rohe auch Fallstudien zu Indien, Kanada und Deutschland vor, welche unterschiedliche Beispiele des Umgangs mit dem islamischen Recht in Staaten mit muslimischen Minoritäten zum Thema haben.

Wie Kamali weist auch Rohe seine Leser darauf hin, dass aufgrund der Vieldeutigkeit des Begriffes der Scharia ihre Gleichsetzung mit dem modernen Recht in die Irre leite. Überhaupt sei das islamische Recht „im Sinne eines über-

greifenden, einigermaßen klaren Gesetzeswerks mit kalkulierbaren Lösungen für Rechtsprobleme nicht zu erkennen“. Die islamische Rechtsliteratur selbst reiche nicht weiter als bis in das neunte Jahrhundert zurück und stehe somit im scharfen Kontrast zu der Vorstellung eines kohärenten Systems von geoffenbarten Rechtsgrundsätzen. Die Methodik des islamischen Rechts habe sich dabei im Wesentlichen an Auslegungsfragen herausgebildet, da der überwiegende Teil der in den Quellen enthaltenen Normen interpretationsbedürftig war. Da uns für die Zeit vor dem sechzehnten Jahrhundert auch nur wenige Daten über die eigentliche Rechtspraxis vorliegen, sei es nicht überraschend, dass sich die islamwissenschaftliche Literatur zum islamischen Recht hauptsächlich an dieser klassischen Periode orientierte und dabei die Rechtspraxis allenfalls am Rand behandelt hat. Damit habe gerade auch die Islamwissenschaft das normative Ideal der sunnitischen Orthodoxie zum Kerninhalt ihrer wissenschaftlichen Betrachtung des Islams gemacht und somit den Eindruck bestärkt, dass nur traditionalistische und islamistische Haltungen den „wahren Islam“ als eine „Gesetzesreligion“ repräsentieren.

Die relativ disparate Anwendung islamischer Rechtsnormen in der muslimischen Welt hat sich im Zuge der Modernisierung und Reformierung muslimischer Gesellschaften noch verstärkt. Die modernen Rechtsordnungen islamischer Staaten haben sowohl gewohnheitsrechtliche Regelungen als auch westliches Recht unterschiedlicher Provenienz mit dem islamischen Recht verbunden. In den meisten muslimischen Ländern tritt der Staat als Gesetzgeber auf, nur im Iran und in Saudi-Arabien wird die staatliche Normsetzung auf die theoretisch untergeordnete Ebene von „Verwaltungsvorschriften“ verlagert, um dadurch dem Ideal der göttlichen Gesetzgebung Folge zu leisten. In der Türkei und in Albanien hingegen wurde das islamische Recht völlig abgeschafft. Wendet man sich den zeitgenössischen Reformbestrebungen im islamischen Recht zu, so Rohe, stehe vor allem eine Verbesserung der Rechtsposition von Frauen im Mittelpunkt, welche über eine zeitgebundene Deutung islamischer Prinzi-

prien erreicht werden könnte. Es finde hier eine immer stärkere Historisierung und Kontextualisierung islamischer Normen statt. Was die Stellung von Frauen anbelange, weiche z.B. das Familienrecht in Tunesien und Marokko entscheidend von den Prinzipien im traditionellen islamischen Recht ab.

Diese Reformbemühungen haben seit ihrem Beginn im neunzehnten Jahrhundert den Widerstand traditionalistischer und fundamentalistisch-islamistischer Kräfte herausgefordert. Auch mit Blick auf Gesellschaften, in denen Muslime eine religiöse Minderheit repräsentieren, sind es Traditionalisten und Islamisten, die aufgrund unterschiedlicher Motive auf die Einführung orthodoxer islamrechtlicher Regeln drängen. Dabei überdecken ihre Stimmen häufig die nicht geringe Anzahl von Muslimen, deren Lebens- und Rechtsauffassungen dem Mainstream westlicher Gesellschaften zuzuordnen wären. Rohde untersucht in seinem Buch das Beispiel Kanadas, wo man unterhalb der Ebene des formalen Rechts mit religiösen Schiedsgerichten im Familienrecht experimentierte. Die Rolle dieser Schiedsgerichte wurde schon nach kurzer Zeit wieder wesentlich eingeschränkt, nicht zuletzt aufgrund der Klage kanadischer Muslime, dass diese islamrechtlichen Institutionen den Traditionalismus innerhalb der muslimischen Gemeinschaften beförderten. Das kanadische Beispiel zeigt, wie die Abwägung säkularer und religiöser Rechtsgüter einem Prozess permanenter gesellschaftlicher Verhandlungen unterworfen ist. Darüber hinaus legt es die Vermutung nahe, dass im Kontext westlicher Gesellschaften in diesem sozialen Verhandlungsprozess wohl die Werte des säkularen Rechts über eine extensive Auslegung der Religionsfreiheit obsiegen werden.

Aus historischer Perspektive hat das islamische Recht in muslimischen Gesellschaften sicher eine Funktion angenommen, für die es keinen direkten Vergleich in der europäischen Geschichte gibt. In seiner konkreten Ausprägung ist aber diese Rolle des islamischen Rechts immer davon abhängig, wer in einer historisch spezifischen Situation über die Autorität verfügt, den diskursiven Komplex der Scharia zu interpretieren. Die zeitgenössischen Appelle für eine

Einführung der Scharia weisen dabei auf das ambivalente Verhältnis zwischen Religion und Politik in der islamischen Welt hin. In der Hand von autoritären Regimen und islamistischen Bewegungen kann das islamische Recht durchaus zur Festigung undemokratischer Herrschaftsordnungen beitragen und im Zuge einer machiavellistischen Politik zu einem Machtinstrument der Staatsgewalt degenerieren. Andererseits kennt das islamische Recht keine Immunitäten für Herrscher und Staatsbürokratien, wie sie *de facto* in der islamischen Welt weit verbreitet sind. Damit kann die Scharia im Prinzip auch als moralische Grundlage für rechtsstaatliche Reformen und die Kontrolle politischer Macht dienen. Es besteht wohl kein Zweifel, dass gegenwärtig das erste Szenario dominiert, demzufolge das islamische Recht als Mittel politischer Repression seitens staatlicher und nicht-staatlicher Akteure eingesetzt wird. Diese Situation sollte aber nicht mit einem „wahren Charakter“ des Islams verwechselt werden. Die repressive Anwendung des islamischen Rechts ist eher ein Ausdruck der politischen Realität in vielen muslimischen Staaten, wo sich autoritäre Regime auch die Interpretationsmacht über religiöse Traditionen angeeignet haben. Mit dem Ruf nach der Scharia können somit politische Akteure den säkularen Rechtsstaat sowohl herausfordern als auch stärken.

## Literatur

- Jung, Dietrich: Islam and Politics: A Fixed Relationship? In: *Critique: Critical Middle Eastern Studies*, 16 (2007), S. 19-33.
- Kamali, Mohammad Hashim: Law and Society. The Interplay of Revelation and Reason in the Shariah, in: John Esposito (ed.): *The Oxford History of Islam*, Oxford University Press, Oxford 1999.
- Rohe, Mathias: *Das islamische Recht. Geschichte und Gegenwart*, C.H. Beck, München 2009.